

Initiative der Ärztinnen und Ärzte gegen den Bau des Kohlekraftwerkes in Mainz
Initiative der Wirtschaftswissenschaftler gegen das Kohlekraftwerk Mainz

Gemeinsame Presseerklärung zur Pressekonferenz am 23.10.2008

Bürgerbefragung soll über Kohlekraftwerk entscheiden

Kraftwerksgegner unterbreiten KMW ein Angebot, wie der Kraftwerksstreit binnen 7 Monaten beendet werden kann

Mainz/Wiesbaden, 23.10.2008: „Aufgrund des zwischenzeitlich eskalierten Streits um das Importkohlekraftwerk, eindeutiger und mehrfacher, aber ausgesetzter Voten der Stadtparlamente von Mainz und Wiesbaden, knapp 60.000 Einwendungen auch institutioneller Organisationen wie der Stadt Wiesbaden und einer dokumentierten Ablehnung des Kraftwerksprojektes durch mehr als 80 % der Bevölkerung in der Region **werfen wir der KMW vor, durch rücksichtsloses Vorantreiben der Planungen vollendete Tatsachen schaffen zu wollen.**“ so Meinrad von Engelberg. „**Das Verhalten der KMW ist nur zu erklären, wenn man unterstellt, dass der KMW als kommunaler Gesellschaft der demokratisch erklärte Wille einer ganzen Region und damit der Wille ihrer Miteigentümer schlicht egal ist.** Die zweifelsohne folgenden ergebnisoffenen Rechtsstreitigkeiten, letztendlich ausgelöst durch das Verhalten der Oberbürgermeister von Mainz und Wiesbaden, wären bei echter Diskussionsbereitschaft vermeidbar, werden aber für beide Seiten langwierig sowie teuer sein und führen sicher zu keiner höheren Akzeptanz in der Bevölkerung. Im Gegenteil: **Die Wahrung demokratischer Prinzipien steht auf dem Prüfstand.**“

Mit der späten Beauftragung des IFOK-Instituts zur Gründung eines ‚Gesprächskreises Ingelheimer Aue‘, beauftragt und bezahlt von der KMW, soll eine angeblich ergebnisoffene Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger suggeriert werden, die durch das vehemente Vorantreiben der aus Sicht der KMW alternativlosen Kohlekraftwerksplanungen de facto nicht gegeben ist.

„Wie kann man Bürger und Institutionen zu einem angeblich ergebnisoffenen Gesprächskreis einladen, ohne auch nur ansatzweise die Bereitschaft zu zeigen, sich mit umwelt- und klimafreundlicheren Alternativen wie z.B. dem bereits genehmigten GuD-Gaskraftwerk oder dem Umstieg auf Erneuerbare Energien auseinanderzusetzen?“ fragt **Bernhard Braun**. „**Glaubwürdige Akzeptanz bekäme ein solcher Gesprächskreis nur, würde man bis zum Ende der Diskussionen rund um das Kohlekraftwerk keine vollendeten Tatsachen schaffen wollen und die Planungen aussetzen! Ein solches Projekt kann nur im Konsens und nicht gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchgesetzt werden.**“

Prof. Pietsch ergänzt: „**Die gesundheitlichen Risiken eines KKW sind wissenschaftlich belegt**, selbst die KMW erkennt diese mit der geplanten Nachbesserung der Filteranlagen für NOx und Feinstaub an. Allerdings ist dies für ein bereits jetzt schon hochbelastetes Gebiet wie MZ/WI keinesfalls ausreichend, der Energieträger Kohle emittiert anders als beispielsweise Gas zusätzlich vielfältige toxische und kanzerogene Stoffe – je nach Herkunft der Kohle. **Nur die strikte Vermeidung zusätzlicher Emissionen ist zielführend. Die Folgekosten aufgrund einer erhöhten Morbidität sind gar nicht kalkulierbar.**“

Und auch in wirtschaftlicher Hinsicht sind die Folgekosten kaum kalkulierbar, warnen die Initiatoren des offenen Briefes der Wirtschaftswissenschaftler gegen das Mainzer Kohlekraftwerk. Nicht nur die Baukosten des Kraftwerks sind massiv gestiegen; ein großes Risiko liegt vor allem in der Abhängigkeit von teurer werdender (Import-)Kohle und sich ebenfalls verteuernenden CO₂-Zertifikaten. **Am Ende zahlt der Bürger die Zeche, warnen die Wirtschaftswissenschaftler, und umso erstaunlicher sei es, dass die Ablehnung dieser Bürger nicht respektiert wird.**

„**Sollte die KMW aufgrund der bereits im September beantragten Teilbaugenehmigung ernsthaft im Januar 2009 mit dem Bau beginnen wollen, werden zweifelsohne weitere gerichtliche Auseinandersetzungen zu ‚Sofortvollzug‘ und ‚Baustopp‘ anhängig sein.**“ führt **Christof van den Bruck** aus. „Bei Unterliegen müsste die KMW auf eigene Kosten rückbauen, letztendlicher Kostenträger wären die Bürger von Mainz und Wiesbaden, die Steuerzahler und die Stromkunden. **Königlich und langfristig verdienen würden an Rechtsstreitigkeiten lediglich Gutachter und Rechtsbeistände.**

Wir hier genannten Organisationen wurden zum ‚Gesprächskreis Ingelheimer Aue‘ eingeladen. Gleichzeitig muss aber beobachtet werden, dass die KMW – Gesprächskreis hin, Gesprächskreis her – weiter versucht, Fakten zu schaffen. **In dieser Situation lehnen es alle hier genannten Organisationen ab, an Gesprächen teilzunehmen, deren Ergebnis für die KMW offensichtlich keinerlei Relevanz hat.** ..!2

Der Gesprächskreis macht erst dann Sinn, wenn ein ernsthafter Austausch über das Für und Wider des Kohlekraftwerks möglich ist, ohne dass gleichzeitig Bagger rollen. **Nur dann fühlen sich die eingeladenen Kohlekraftwerksgegner auch wirklich ernst genommen.**

Deshalb schlagen wir Kraftwerksgegner der KMW folgendes vor:

Wir bitten die KMW hiermit, bei der SGD Süd eine Rückstellung ihres Antrages auf BlmschG-Genehmigung und auf einen wasserrechtlichen Planfeststellungsbeschluss zu beantragen.

Während der ‚Gesprächskreis Ingelheimer Aue‘ läuft, sollen keine weiteren Fakten geschaffen werden.

In den folgenden Monaten wäre ein intensiver Dialog über die Vor- und Nachteile eines Kohlekraftwerks in Mainz möglich, mit dessen Hilfe sich die Bürger eine Meinung bilden oder eine bereits vorhandene Meinung überdenken können. Nur das kann Ziel eines solchen ergebnisoffenen Dialog-Forums sein.

Am Ende des Prozesses fordern wir eine Bürgerbefragung, deren Ergebnis von beiden Seiten, also Befürwortern wie Gegnern des Kohlekraftwerks, uneingeschränkt akzeptiert wird.

Die **Bürgerbefragung soll am 7. Juni 2009 parallel zur Europawahl** in Mainz und Wiesbaden stattfinden. Das ermöglicht eine vergleichsweise große Wahlbeteiligung und senkt den Aufwand auf ein Minimum.

Dieser Vorschlag resultiert aus der Tatsache, dass die KMW (aus welchen Gründen auch immer) nicht bereit ist, den eindeutigen Voten der Stadtparlamente zu folgen.

Andererseits war es die KMW, die den Gesprächskreis Ingelheimer Aue ins Leben gerufen hat.

Wenn sie tatsächlich daran interessiert ist, die Bürger in ihr Vorhaben einzubinden, kann sie sich unserem Vorschlag nicht verweigern!

Eine demokratische Bürgerbefragung wird für alle Beteiligten – auch für die KMW - nur von Vorteil sein:

- **Das kurze (nur 7 Monate), aber echte Moratorium (Stopp der Planungsaktivitäten und erst recht keine Bauarbeiten)** gibt allen Akteuren und vor allem der KMW Raum, um doch noch einmal ergebnisoffen Alternativen zum Kohlekraftwerk gegenüber dem Kohle-Projekt abzuwägen. Rechtsstreitigkeiten werden länger dauern....
- Der Glaube in demokratische Entscheidungsstrukturen wird bei den Bürgern wieder hergestellt.
- „Kommunale Mitbestimmung“ erhält wieder einen Wert.
- Sollte die KMW eine Mehrheit für ihr Kraftwerksprojekt gewinnen, so kann ihr nicht vorgeworfen werden, dass sie **Energiepolitik gegen anstatt für die Bürger** (und somit ihre Miteigentümer) betreibt.
- Der KMW bleiben zahlreiche langwierige Rechtsstreite erspart, deren Ausgang völlig offen ist.“

Von Engelberg abschließend: **„Der Streit um das Kohlekraftwerks-Projekt dauert nun mehr als zwei Jahre an. Es wäre ein großer Fehler, nun in großer Hektik zu versuchen, schnell Fakten zu schaffen und damit die Bürgerinnen und Bürger der Region zu überrumpeln. Dies würde nicht nur das Image von Stadtwerken und KMW nachhaltig ramponieren, sondern zu großen Rechtsunsicherheiten führen.“**

Wir sagen: „Lasst uns ein halbes Jahr intensiv im Rahmen des von der KMW gegründeten Gesprächskreises das Für und Wider zum Kohlekraftwerk austauschen. Und lasst dann die Bürger, die in letzter Konsequenz die Rechnung bezahlen werden, entscheiden.“

Wir sagen aber auch: „Kaffeekränzchen, die keiner ernst nimmt, wird es mit uns nicht geben.

Falls die KMW weiter versucht, Fakten zu schaffen, werden wir Argumente austauschen, aber nicht im KMW-Gesprächskreis sondern im Zweifel vor Gerichten. Das wollen wir nicht und rufen die KMW deshalb auf, unser Angebot anzunehmen. Auch im eigenen Interesse und um den sozialen Frieden in Mainz und Wiesbaden wieder herzustellen.“

Gerne stehen Ihnen für Rückfragen zur Verfügung:

Dr. Bernhard Braun, Landesvorsitzender des BUND-Rheinland-Pfalz,

Prof.Dr. Michael Pietsch, Co-Sprecher der Ärzte gegen das Mainzer Kohlekraftwerk,

Dr. Meinrad von Engelberg, Sprecher der Bürgerinitiative Kein Kohlestrom Wiesbaden (KeKoWi),

Dipl.-Ing. Christof van den Bruck, Vorsitzender der Bürgerinitiative Kohlefreies Mainz (KoMa).

Ärzteinitiative c/o Dr.G.Schwarz | Große Bleiche 17-23 | 55116 Mainz | Tel: 06131-9716577

mainzeraerzteinitiative@web.de | www.aerzte-gegen-mainzer-kohlekraftwerk.de

Bund für Umwelt-und Naturschutz Dtl. BUND LV Rheinland-Pfalz | Hindenburgplatz 3 | 55118 Mainz Tel. 06131-627060

info@bund-rlp.de | www.bund-rlp.de

BI Kohlefreies Mainz KoMa | Obere Zahlbacher Strasse 52 | 55131 Mainz | Tel. 0174-3168951

info@kohlefreies-mainz.de | www.kohlefreies-mainz.de

BI Kein Kohlestrom Wiesbaden KeKoWi | Am Schloßpark 41a | 65203 Wiesbaden- Biebrich | Tel. 0151-56913737

info@kein-kohlestrom-wiesbaden.de | www.kein-kohlestrom-wiesbaden.de | www.kekowi.de